

Call for Papers des Arbeitskreises soziale Bewegungen der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft

26. wissenschaftlicher Kongress der DVPW

Vorsicht Sicherheit! Legitimationsprobleme der Ordnung von Freiheit

21.-25. September 2015, Universität Duisburg-Essen

Der Arbeitskreis soziale Bewegungen der DVPW organisiert zum diesjährigen Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft vier Panels, drei davon eigenständig und eins in Kooperation mit dem Arbeitskreis Soziologie der internationalen Beziehungen.

Wir bitten um die Einsendung von Vorschlägen für Vorträge bis zum 28. Februar 2015 und hoffen auf rege Beteiligung. Mehr Informationen finden sich in den Beschreibungen der einzelnen Panels auf den folgenden Seiten:

Panel der Arbeitskreise soziale Bewegungen und Soziologie der internationalen Beziehungen:

Lokale Protestbewegungen und internationale Politik. Destabilisierung oder Demokratisierung?

Panel des Arbeitskreises soziale Bewegungen:

Protest und Polizei in der Überwachungsgesellschaft

Bitte verhalten Sie sich ruhig. Die Praxis der Kritik und die Politik der Sicherheit

Zwischen Hetze und Hilfe. Politische Mobilisierung in der Flüchtlingspolitik

Mehr Informationen über den Arbeitskreis soziale Bewegungen und Möglichkeiten der Vernetzung unter:

<http://sozialebewegungen.wordpress.com>

Lokale Protestbewegungen und internationale Politik.

Destabilisierung oder Demokratisierung?

Panelorganisation

Priska Daphi, Goethe-Universität Frankfurt (daphi@soz.uni-frankfurt.de)

Nicole Deitelhoff, Goethe-Universität Frankfurt (nicole.deitelhoff@normativeorders.net)

Matthias Ecker-Ehrhardt, Freie Universität Berlin (ecker@zedat.fu-berlin.de)

Simon Teune, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und Technische Universität Berlin
(teune@ztg.tu-berlin.de)

Panelbeschreibung

Die transnationale Dimension des Protestgeschehens innerhalb nationaler Grenzen ist seit längerem ein Thema sowohl der Bewegungsforschung als auch der IB. Von Ouagadougou über Kairo bis Dresden - Demonstrationen und Aufstände lenken die Aufmerksamkeit immer wieder auf die lokale politische Situation, und dies keinesfalls nur, wenn dabei Aspekte einer ökonomischen, sozialen oder politischen Globalisierung adressiert werden.

Selbst wenn das unmittelbare Protestgeschehen eher lokal fokussiert bleibt, wird es häufig dennoch zum Teil eines transnationalen politischen Prozesses, in dem Reaktionen „von außen“ eine entscheidende Rolle spielen. Das gilt nicht nur für Protestinhalte und Protestformen, die transnationalen Diffusionsdynamiken unterliegen können. Sowohl Regierungen, internationale Organisationen, Medien als auch politische Akteure in der Diaspora machen Proteste oft jenseits nationaler Grenzen zum Thema, formulieren Forderungen und greifen aktiv in solche lokalen Konflikte ein.

Dabei sind Proteste anderenorts mögliche Projektionsflächen, auf der idealisierte Formen des Eigenen und des Fremden konstruiert werden. In der Thematisierung von Protesten spiegeln sich die geschichtreichen Machtverhältnisse zwischen Gesellschaften und Staaten. Nicht selten werden Proteste sowohl als Zeichen problematischer Destabilisierung - nationaler oder internationaler - Ordnung als auch als Hoffnungsschimmer ihrer Demokratisierung durch widerständige Zivilgesellschaft gedeutet.

Vor diesem Hintergrund soll das Panel Forscher_innen zusammenbringen, die sich der transnationalen Einbettung lokaler Proteste bzw. der Rolle von Protesten in der internationalen Politik aus unterschiedlichen Perspektiven annähern. Dabei sind theoretische Papiere genauso erwünscht wie empirische Arbeiten.

Wir bitten bis zum 28.02.2015 um die Einsendung von Abstracts für Vorträge (max. 300 Wörter) an Matthias Ecker-Ehrhardt (ecker@zedat.fu-berlin.de) und Simon Teune (teune@ztg.tu-berlin.de). NachwuchswissenschaftlerInnen werden ausdrücklich ermuntert, Beiträge einzureichen. Über die Zusammensetzung des Programms wird bis Ende März 2015 informiert.

Protest und Polizei in der Überwachungsgesellschaft

Panelorganisation

Peter Ullrich, Technische Universität Berlin (ullrich@ztg.tu-berlin.de)

Judith Vey, Technische Universität Berlin (vey@ztg.tu-berlin.de)

Panelbeschreibung

Wir leben in einer Überwachungsgesellschaft: das Erfassen, Kategorisieren, Verknüpfen, Zusammenführen und Prozessieren einer Vielzahl unterschiedlichster Daten ist in ihr ubiquitär geworden. Dahinter stehen exponentiell gewachsene technische Möglichkeiten, wie auch gewandelte Sicherheitsdispositive im Paradigma der Prävention.

Diese Entwicklung hat auch immense Auswirkungen auf den polizeilichen Umgang mit Protest. Videoüberwachung ist vom Demonstrationsgeschehen nicht mehr wegzudenken. Datenbanken erfassen Demonstrationsteilnehmer/innen und ihre Netzwerke. Verdachtsgewinnung kann auf unterschiedlichste, auch automatisierte Techniken des Profilings und Trackings zurückgreifen. Komplexe Informationssysteme werden auch auf transnationaler Ebene eingeführt.

Inhalt des Panels ist die Präsentation aktueller empirischer und theoretischer Forschungsergebnisse zum Wandel des Protest-Policings und des Verhältnisses von Polizei und Protestierenden. Es werden, aus Perspektive der politischen Soziologie, aber auch der Surveillance Studies, der Protestforschung, der Gouvernementalitätsforschung und der STS u.a. folgende Fragen adressiert:

- Wie verändern neue technische Möglichkeiten den polizeilichen Umgang mit Protest?
- Welche Überwachungsstrategien verwenden Polizeien und welche Unterschiede gibt es zwischen Staaten bzw. Bundesländern?
- Nach welchen Mustern und aufgrund welcher Interessen etablieren sich Überwachungsstrategien? In welchem Verhältnis stehen dabei Einflüsse aus Politik, der Polizei als Organisation und externer Interessensgruppen?
- Wer gerät (nicht) in die Erfassungsraster?
- Wie gestaltet sich unter diesen Bedingungen das Verhältnis von Prävention und Repression im Protest Policing?
- Wie reagieren soziale Bewegungen sowie Organisator/innen und Teilnehmer/innen von Protest?
- Hält Überwachung von Protest ab und wie verändern sich Protestrepertoires?
- Welche Auswirkungen haben diese Prozesse auf Strafverfolgung und Verurteilungen im Versammlungsgeschehen?
- Welche Interaktionen, taktischen Adaptionen und Interdependenzen bilden sich (z.B. Spirale von Überwachung und Gegenüberwachung)?

Wir bitten bis zum 28.02.2015 um die Einsendung von Abstracts für Vorträge (max. 300 Wörter) an Peter Ullrich (ullrich@ztg.tu-berlin.de) und Judith Vey (vey@ztg.tu-berlin.de).

NachwuchswissenschaftlerInnen werden ausdrücklich ermuntert, Beiträge einzureichen. Über die Zusammensetzung des Programms wird bis Ende März 2015 informiert.

Bitte verhalten Sie sich ruhig.

Die Praxis der Kritik und die Politik der Sicherheit

Panelorganisation

Ingmar Hagemann, Universität Duisburg-Essen (ingmar.hagemann@uni-due.de)

Matthias Lemke, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg (lemkem@hsu-hh.de)

Henrik Schillinger, Universität Duisburg-Essen (henrik.schillinger@uni-due.de)

Panelbeschreibung

Sicherheit ist ein zentrales und weitestgehend unumstrittenes Gut in modernen Gesellschaften. Dies illustriert das Fallbeispiel der Terrorabwehr: Die als „Krieg gegen den Terror“ bezeichnete Erzählung, die das Bild einer umfassenden, jederzeitigen und radikalen Gefährdung der Sicherheit entwarf, ermöglichte im Zuge eines „Kampfes gegen den Terror“ die Plausibilisierung zahlreicher Maßnahmen der Einschränkung demokratischer Grund- und Freiheitsrechte durch Ausweitung von Kontrolle, Kategorisierung und Normierung. Als bisheriger Höhepunkt der Ausweitung von Exekutivkompetenzen können die Geheimdienstprogramme zur Überwachung gelten. Die Verheißung von mehr Sicherheit scheint bislang hinreichend, um diesen massiven Eingriff in die demokratische Praxis zu rechtfertigen.

Gerade im Bereich der Inneren Sicherheit wird deutlich, dass eine sich ausweitende Politik der Sicherheit in einem offenen Spannungsverhältnis zur Praxis der Kritik steht. Während eine auf Sicherheit ausgerichtete Politik das Ideal berechenbarer, unauffälliger und damit ruhiger BürgerInnen voraussetzt, ist die Praxis der Kritik nicht ruhig, sondern vielfältig, unübersichtlich, überraschend und übertritt oftmals bestehende Muster, Routinen und Regeln.

Das entscheidende Merkmal von Demokratie ist die Offenheit für Kritik. Das Spannungsverhältnis der Politik der Sicherheit zur Praxis der Kritik ist also auch das Spannungsverhältnis zur Demokratie.

Ziel des Panels ist die Präsentation von Forschungsergebnissen zur Praxis der Kritik in Demokratien mit expansiven Sicherheitsregimen. Mögliche Fragen sind unter anderem:

- Was sind die sozialen Bedingungen einer aktiven, mitunter erfolgreichen Praxis der Kritik. Inwieweit werden diese durch eine Politik der Sicherheit beeinträchtigt?
- Inwieweit verändern sich unter dem Vorzeichen einer expansiven Politik der Sicherheit demokratische Kernprinzipien wie bspw. die Idee des aktiven Bürgers, Privatsphäre oder demokratische Öffentlichkeit?
- Welche expliziten Einschränkungen von Protesten können durch konkrete Maßnahmen einer Politik der Sicherheit beobachtet werden?
- Was sind die Folgen der massiven diskursiven Präsenz einer Politik der Sicherheit für die politischen Aktivitäten von BürgerInnen?
- Rechtfertigungsordnungen (wie bspw. das Primat der Sicherheit) und Kritik sind nach Boltanski eng miteinander verknüpft. Inwieweit lassen sich kritische Impulse als Ursprung einer Politik der Sicherheit herausarbeiten?

- Lassen sich Sicherheit und Kritik in Demokratien vereinbaren?
- Gibt es neben dem aufgeführten Fallbeispiel der Inneren Sicherheit in anderen sozialen Feldern weitere Varianten einer Politik der Sicherheit, die sich auf die Praxis der Kritik auswirken?

Wir sind insbesondere an Beiträgen interessiert, die empirische und theoretische Analysen kombinieren und / oder einen Ansatz wählen, der besonders innovativ und bislang in der Politikwissenschaft unterrepräsentiert ist.

Wir bitten bis zum 28.02.2015 um die Einsendung von Abstracts für Vorträge (max. 300 Wörter) an Ingmar Hagemann (ingmar.hagemann@uni-due.de). NachwuchswissenschaftlerInnen werden ausdrücklich ermuntert, Beiträge einzureichen. Über die Zusammensetzung des Programms wird bis Ende März 2015 informiert.

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift *diskurs* (www.diskurs-zeitschrift.de) wird sich mit der Praxis der Kritik befassen. Ausgewählte Beiträge des Panels haben die Möglichkeit, im Rahmen dieser Ausgabe veröffentlicht zu werden.

Zwischen Hetze und Hilfe.

Politische Mobilisierung in der Flüchtlingspolitik

Panelorganisation

Priska Daphi, Goethe-Universität Frankfurt (daphi@soz.uni-frankfurt.de)

Simon Teune, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und Technische Universität Berlin
(teune@ztg.tu-berlin.de)

Panelbeschreibung

Die Flüchtlingspolitik ist in Deutschland in den letzten Monaten in mehrerer Hinsicht durch politische Mobilisierungen von unten geprägt worden. Auf der einen Seite haben Flüchtlinge und Asylsuchende zunehmend durch Proteste auf ihre Probleme aufmerksam gemacht. Die neue Welle der Mobilisierung hat eine Vielzahl von Protestcamps, Hungerstreiks, Besetzungen und Märschen durch Deutschland und Europa möglich gemacht. Auf der anderen Seite ist der Umgang mit Flucht und Asyl zu einem deutlich sichtbaren Thema gesellschaftlicher Auseinandersetzungen geworden. Rassistische Demonstrationen und Übergriffe stehen Protesten und Engagement zur Unterstützung von Flüchtlingen gegenüber, in vielen Fällen dort, wo neue Unterkünfte geplant und umgesetzt werden.

Das Panel soll Forscher_innen zusammenbringen, die sich mit den verschiedenen politischen Mobilisierungen in der Flüchtlingspolitik auseinandersetzen. Relevante Fragen in diesem Kontext sind:

- Unter welchen Bedingungen und in welchen Formen mobilisieren Flüchtlinge ihre Gegner_innen und Unterstützer_innen für ihre Anliegen?
- Welche Dynamiken und Diffusionsprozesse lassen sich im Verlauf der verschiedenen Mobilisierungswellen erkennen?
- Wie verhält sich die selbstorganisierte Flüchtlingsbewegung zu den Netzwerken von Unterstützer_innen?
- Welche Rolle spielen organisierte Akteure von links und rechts, wie Parteien, NGOs und vorher bestehende Initiativen in der politischen Mobilisierung?
- Welche Resonanz findet das politische Engagement in der Medienberichterstattung, in den zuständigen Institutionen und in anderen relevanten Kontexten?

Wir bitten bis zum 28.02.2015 um die Einsendung von Abstracts für Vorträge (max. 300 Wörter) an Priska Daphi (daphi@soz.uni-frankfurt.de) und Simon Teune (teune@ztg.tu-berlin.de).

NachwuchswissenschaftlerInnen werden ausdrücklich ermuntert, Beiträge einzureichen. Über die Zusammensetzung des Programms wird bis Ende März 2015 informiert.